

Leipziger Tageblatt

und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 313.

Montag 11. November 1907.

101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

- Die Londoner Blätter... Der Prinzregent von Bayern... Aus Potsdam wird... Gestern ist, wie aus Berlin... In Paris soll ein Marinepolytechnikum... Der ehemalige italienische Minister... Durch eine große Feuerbrunst...

Parlamentarische Wochenschau.

Dem Wochenchronisten des sächsischen Landtages bietet sich diesmal Stoff in reichem Maße. Das parlamentarische Leben ist reich zur vollen Entfaltung gekommen und pulsiert mit einer Frische, wie man sie lange vermisst hat.

Eine der bedeutungsvollsten Fragen in dieser Beziehung ist die durch eine Interpellation des freisinnigen Abgeordneten Günther-Planen an die Regierung zur Erörterung gebrachte Frage der Verlegung unseres Volkes mit Brot. Die Art, wie diese Frage von der Regierung beantwortet und von der Debatte behandelt wurde, bildete im voraus den besten Beweis für die im Freitag vom Abg. Langhammer ausgesprochene Behauptung, wir würden agrarisch regiert.

Wenn der Minister des Innern darauf erklärte, im Interesse der deutschen Landwirtschaft könne die Regierung nicht für eine Ermäßigung der Getreidepreise eintreten, so bewies er damit nur, daß er von der Wirkung der Hölle ebensowenig eine Vorstellung hat, wie von ihrem Wert für die Landwirtschaft. Denn — das führte Abg. Bar-Jovikan in Ergänzung der Darlegungen seines Fraktionskollegen Günther sehr treffend aus — die weitaus größte Mehrzahl der deutschen Landwirte hat an hohen Getreidepreisen gar kein Interesse.

wie das Verhalten Langhammers, der sich in dieser Frage vollkommen auf die Seite der Agrarier stellte und dafür von Exponenten, wie Ulrich und Heider, gelobt wurde. Vor zwei Jahren kämpfte Langhammer bei der Reichstagswahl-Interpellation zusammen mit dem jetzt schmerzlich vermißten Abg. Schütz gegen die Agrarier. Da hat er uns weit besser gefallen. Und wenn er behauptete, man müsse, wenn man einmal auf dem Standpunkte des Schutzpolles stehe, auch der Landwirtschaft diesen Schutz gewähren, so zilt demgegenüber das, was wir oben gegen die Händler und die Regierung sagten: die Hölle sind kein Schutz für die deutsche Landwirtschaft, sondern dienen nur dazu, den Großagrariern die Rente künstlich zu steigern.

Das Hauptergebnis der politischen Woche war die Einbringung des Etats im Landtage durch den Finanzminister Dr. v. Rögger. Die fast dreieinhalbjährige Ruhe, die der sechsjährige Leiter unserer Finanzen bei dieser Gelegenheit hielt, war eine Meisterleistung. Sie war sorgfältig vorbereitet, und wenn auch nicht ganz frei von Mieberholungen, so zeigte sie doch eine gründliche Beherrschung des recht spröden Materials. Das muß auch der Anerkennung, der sonst keineswegs in die „Gloria“-Sphäre einzutreten genügt ist, die der Abg. Loys für den Finanzminister komponiert hatte. Tröstlich klangen die Worte des Finanzministers zu gerabe nicht. Es war so ungefähr die Melodie: wir haben wohl viel Geld, aber wir haben es auch nötig. Täuschen wir uns nicht, so wird der Etat in den Finanzdeputationen diesmal härter verändert werden als sonst. Die Konzeptionen wollen den Steuerzuschlag von 25 Prozent mindestens etwas ermäßigen, aber gleichwohl möglichst schon jetzt über, wie Dr. Rögger sagte, in einem außerordentlichen Landtage die völlige Neuordnung der Beamten- und Lehrergehälter durchzuführen und, um die Mittel dafür zu beschaffen, die Schuldenlastung herabzusetzen. Die beiden Regierungsblätter werden verschmolzen werden, so daß vom 1. April 1908 vorwiegend die „Leipziger Zeitung“ nicht mehr existieren wird, da die Regierung Wert darauf legen wird, daß ihr Organ auch da erscheint, wo sie ihren Sitz hat.

Aus den weiteren Darlegungen des Finanzministers ist als sehr erfreulich hervorzuheben die bereits erwähnte Erklärung, daß er in a n d e r e i t e Ermäßigungen betr. der IV. Wagenklasse eintreten wird, so daß vom Winter 1908/09 an für Sechsen eine Verkehrserleichterung geschaffen wird, die man nur zu lange hat schmerzlich entbehren müssen.

Wahnt waren die Erörterungen über das Thema der „Rebentregierung“, an denen Dr. v. Rögger ziemlich unermüdet kam. Die Art, wie er es behandelte, gab denen recht, die davon erwarteten, von einer Ministerkrise in Sachsen zu sprechen. Er sagte, er sei sieben Jahre im Dienste und glaube immer leblich die Augen offen gehalten zu haben, aber er habe nichts bemerkt, was als ein Betrachten gelten könne. Ich an die Stelle der Regierung zu setzen, im übrigen habe er der Ehre des einen, viel genannten Regierungsbeamten nicht zu nahe treten wollen. Den Konzeptionen kam diese Erklärung offenbar sehr gelegen, denn sie wollen nun, wie Abg. Hänel mitteilte, die Anwesenheit Röggers nicht weiter verfolgen. Damit darf aber die parlamentarische Erörterung darüber nicht abgebrochen werden, und Abg. Langhammer, der am Freitag sich als sehr schneidiger Rämpe zeigte, hatte vollkommen recht mit seiner Forderung nach einer baldigen Erklärung des Gesamtministeriums. Vielleicht wäre es deshalb zweckmäßig gewesen, wenn Langhammer auf die Frage der Nebenbahn Gadebusch-Bismdruff etwas näher eingegangen wäre. Daß diese Bahn erbaut wird auf Grund eines legalen Beschlusses des Landtages, ist richtig, aber wie ist die Regierung an der Ausarbeitung dieser Vorlage verhalten worden? Darum handelt es sich, und das Land hat ein Recht darauf, die Wahrheit zu erfahren.

Inzwischen haben das „Vaterland“ und die „Sächsischen Polit. Nachr.“, ebenso wie ein den Konzeptionen nahestehendes Leipziger Morgenblatt darauf hingewiesen, die Erklärung des Ministers v. Rögger über die „Rebentregierung“ sei im ausdrücklichen Einverständnis mit dem Grafen Hohenhausen erfolgt. Allein diese privaten Meldungen machen die Forderung nicht überflüssig, daß das Gesamtministerium sich offiziell mit Röggers Erklärung identifiziert. Sollte dies wirklich erfolgen, so wäre das freilich eine Klärung der Situation, die für die künftige Haltung der Liberalen dem Grafen Hohenhausen gegenüber sehr bedeutungsvoll werden könnte.

Fest und Klar!

Der Besuch des Kaiserpaars am englischen Hofe drückt das Siegel auf die Verfestigung normal-freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem Hofen von Berlin und London. Gleichzeitig ist dieser Besuch ein neues Glied in der Kette der Beziehungen, die eine Besserung des Verhältnisses zwischen dem deutschen und dem englischen Volke herbeigeführt haben. Erreicht ist ein solcher Wandel, ohne daß Deutschland Großbritanien zuliebe das eigene Interesse geopfert hätte; vielmehr ist gerade in der allerjüngsten Vergangenheit gute getreten, wie fest und klar Deutschland seinen Standpunkt gegenüber Großbritannien bewahrt hat. Die Haager Konferenz ist von der Londoner Diplomatie eine Heilung als willkommene Gelegenheit zu gelten, um einen erneuerten Versuch zur internationalen Befriedigung der britischen Uebermacht auf dem Meere ins Werk zu setzen. Die Einschränkung der Rüstungskosten sollte die wichtige Handhabung dafür bieten, die Regelung der Kontorhandels, der Zinsfrage, der Rechte und Pflichten der Neutralen usw. rascher ergänzend hinzu. Aber die deutsche Regierung ließ sich nicht im Verdachtnis jagen: mit voller Festigkeit und Klarheit hat sie von vornherein die Erörterung der Abrüstungsfrage abgelehnt und in Bezug auf die übrigen einschwebenden Interferenzgegenstände jede Kompromissfertigkeit vermieden, die mit dem Wohle des Reiches unvereinbar gewesen wäre.

Wenn trotzdem die Besserung der deutsch-englischen Beziehungen Fortschritte machen konnte, so leiert dieser erfreuliche Umstand, daß die feste und klare Vertretung des eigenen Standpunktes ein Hauptanliegen der deutschen Politik gegenüber England sein muß. Die Lehre ist nicht nur aus den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit abzuleiten, sondern wird auch durch ältere Erfahrungen von der entgegengesetzten Seite her als richtig bestätigt. Ein Blick auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen England und Frankreich während des Krieges läßt das besonders deutlich erkennen.

Wohl jedermann ist heute davon überzeugt, daß Frankreichs damalige Neutralitätspolitik die beste Politik war, die zwischen dem deutschen und dem französischen Volke möglich war. Denn Frankreich wurde durch den Krieg der Weltmacht gegen England nicht beraubt, was fast genug, der Verwicklung fern zu bleiben, und erreichte, was seit Jahrhunderten nicht erreicht war: die Ausdehnung Mitteleuropas bei einem europäischen Gleichgewicht. Wie weit aber war Frankreich davon entfernt, sein gutes Recht klar und fest geltend zu machen! Und wie wenig mußte sein Schwanken und Wackern gegenüber England, das je länger, je bestiger zum Ansehen an den Bund der Weltmächte drängte! Der kürzlich veröffentlichte Briefwechsel der Königin Victoria enthält einige Proben der widerprüchlichen, verkommenen Art, in der König Friedrich Wilhelm IV. seine unerschlossene Haltung demarshierte. Die Aufgabe der Diplomatie, schreibt der preussische Monarch der Königin, „dort genau an dem Punkte auf, bei dem die Souveräne mit Rücksicht

beginnt.“ — „Ich bin nicht instande“, antwortet Königin Victoria am 17. März 1854, „einer solchen Erklärung zuzustimmen; denn was mein Reichthum ist, tut er in meinem Namen.“ — Am 24. Mai 1854 sendet Friedrich Wilhelm der „huldreichen Königin“ wiederum einen langen Brief über seine Politik und bittet um Schluß des Briefes „huldvollst abzuheben zu halten und ihn nur dem lieben Bringen (König) mitzutheilen.“ — Aber in unmittelbarem Anschluß hieran fährt der König fort: „Es ist natürlich, daß die Tatsachen, die er (der Brief) enthält, und die daraus hervorgehenden Erklärungen, die für Euer Majestät Regierung wichtig sind, halten Sie es für richtig halten, sie bekannt zu geben.“ Der Einbruch der Feindschaft und Feindschaft, den solche Versicherungen des Königs hervorgerufen wurden, wurde noch weitlicher gesteigert durch die Sendung des Grafen Nibom nach London. Aus dem im vorigen Jahre veröffentlichten Nachlaß des preussischen Diplomaten Grafen Nibom von Bernstorff sind vier eingehend über die Beziehungen der Nibomischen Mission unterrichtet. Die Arbeit des hiesigen Vertreters Nibom am Londoner Hofe, des Grafen Bernstorff, diskreditierend, freuzend und erschwerend, sollte Nibom mit England einen Vertrag ausarbeiten, der analog dem Bündnisvertrage Oesterreichs mit den Weltmächten wäre. Auch hier aber ließ es Friedrich Wilhelm IV. wieder bei halben Wegekönig. Ob er doch seinen Spezialgelehrten sein, unvollkommenen Vorschlag mit, sondern nur einen Brief an die Königin Victoria, in dem es hieß: „Nibom's Mission ist lediglich ein vertraulicher Schritt gegenüber Euer Majestät; Sie, anstatt Königin, werden allein bestimmen, ob er Rücksicht mit Ihren Ministern nehmen soll.“ — Die Minister schloßen sofort Verhandlungen über ihre Räte hinweg, gegen die englische Vertretung, mit der Königin verhandelt werden sollte; sämtliche englischen Zeitungen bestanden über die Nibomische Mission, die Unterhandlung selbst rühte nicht von der Stelle, weil die Ansichten des Königs über das den englischen Kabinett gegenüber einzuschickende Verträge häufig wechselten.

Welche Temptation dieses schmerzliche, unklare Verhalten Friedrich Wilhelm Nibom kein Abhängige des Krimkrieges eintreten, ist bekannt. Königin Victoria war durch die verkommenen Briefe, die der König ihr persönlich geschrieben hatte, nicht im mindesten beeinflusst, nicht im geringsten geneigt für Preußen einzutreten. „Die Königin“, so schrieb sie nach englischer Sitte am 7. Februar 1855 an den Earl of Clarendon, „hofft, das es bei dem Feldzuge, Preußen nicht unzulässig in den Pariser Konferenzen, bleiben wird.“ Angesichts solcher Wirkungen einer unklaren, unklaren Politik bräunt sich mit doppelter Macht die Ueberzeugung auf, daß Deutschland keine Abschlüsse mit dem Londoner Kabinett am erlösenden führt, wenn Festigkeit und Klarheit die Leitlinie seiner Diplomatie sind. Möge auch der Besuch des Kaiserpaars am englischen Hofe unter diesem Zeichen stehen!

Deutsches Reich.

Leipzig, 11. November.

Inf. In der Kommission des Generals von Kessel. Die Gründe von einer Demission des Kommandeurs der Gardekorps, Generals von Kessel, sind unterrichtet. Kessel schon seit vielen Monaten beurlaubt. Ob er jetzt seinen Abschied nehmen wird oder nicht, ist ungewiß. Uns steht aber fest, daß ein Abschied in seiner Beziehung mit dem Vorwurfe stehen würde, die in dem Gardekorps aufgeführt worden sind. Die Stellung eines Kommandeurs der Gardekorps ist eine hauptsächlich repräsentative, zu der sich der alte, vornehme Herr, der überall die allergrößte Beliebtheit genießt, am besten eignet. Es ist als ganz unzulässig, daß man ihn für die Verletzungen einiger Offiziere verantwortlich macht, da für die Erziehung des Offizierskorps nicht der kommandierende General, sondern der Oberst eines jeden Regiments die Verantwortung trägt. General von Kessel — dessen Generalstabsoberbefehl man scherzhaft den „Kesselführer“ nennt — hat seine Stellung stets zur vollen Zufriedenheit des obersten Kriegsherrn angefüllt. Wenn ein Kommandeur in Potsdam höheren Offizieren eintritt, das seine Ursache in den Enthaltungen hat, so werden eine ganze Anzahl anderer Offiziere daran glauben müssen. Aber wenn General von Kessel geht, geht er aus anderen Gründen.

Die Wahrheit über den Fall Schroeder. Die „Köln. Zig.“ erzählt, daß die Angaben über den bisherigen Verlauf des Falles Schroeder, die sich in einigen ultramontanen Blättern, z. B. der „Germania“ und der „Deutschen Reichszeitung“, finden, die Wahrheit in tendenziöser Weise geradezu auf den Kopf stellen. Der Kultusminister ist nicht „entsetzt“, sich auf die Seite des Kardinals und Erzbischofs stellen. Das befindet sich schon die Tatsache, daß das erzbischöfliche Verbot an die Studierenden der katholischen Theologie der Erzbischof Köln zurückgegeben ist. Die Regierung hat vielmehr, indem sie die Aufhebung des Verbots bewirkte, das nur mit Vorwissen des Ministers erfolgen durfte, anerkannt, daß in dem Erlaß des Verbots ohne vorheriges Einverständnis mit dem Kultusminister ein Eingriff in die Rechte der Universitäten und damit des Staates lag. Sie hat sich demnach nicht auf die Seite des Erzbischofs gestellt, sondern vielmehr ihren Rechtsstandpunkt gegenüber dem Vorgang des Erzbischofs gewahrt. In eben diesem Sinne haben sich Rektor und Senat der Universität Bonn ausgesprochen. Dem einmütigen Protest der Bonner inkorporierten Studentenschaft mit Einschluß der katholischen Korporationen lag demnach ein richtiges Empfinden zugrunde.

Kp. Kolonialpolitik in der nächsten Reichstagsession. Wie in der letzten Reichstagsession wird allem Anschein nach auch in der bevorstehenden die Kolonialpolitik im Vordergrund der Verhandlungen stehen. Schon jetzt steht fest, daß mit der Einbringung mehrerer Vorlagen des Reichstages in den Kolonien betreffend nicht ein Tag länger als zu ihrer Bearbeitung unbenutzt nutzlos ist, verzögert werden wird. Auch auf die Gestaltung des Etats werden die Ausgaben für die Kolonien von größtem Einfluß sein. U. a. werden zum ersten Male laufende Ausgaben für Südwestafrika im ordentlichen Etat erscheinen, die bisher auf dem Wege der Anleihe aufgebracht wurden. Außerdem werden zur Finanzierung dieser Kolonien noch einmal größere außerordentliche Forderungen nötig. Bei den Eisenbahnvorlagen wird es sich, wie wir erfahren, um Konzeptionen handeln.

Agrarier und Börsenkonzeptionen. Kaum ist der weitestliche Inhalt der neuen Börsenverkehrsverordnung bekannt geworden, so dekretiert bereits die „Deutsche Tageszeitung“ ihr „unaussprechbar“. Es sei Grund vorhanden, das Terminverkehr fallen zu lassen. Was wenn sie Strafbestimmungen und Deklarationszwang, Sicherstellung durch die Nicht-Differenzgeschäft gültig machen. Das Rückverordnungsrecht der Sicherheiten müsse bestehen. Das Verbot des Termingeschäfts müsse auf andere Waren, insbesondere auf Zucker ausgedehnt werden. Alles in allem werde, falls diese Anforderungen richtig seien, von den Agrariern ein Opfer der Ueberzeugung verlangt, und dies werde niemals gebracht werden. — Bedenkt man, daß die Börsenverkehrsverordnung eine Konzeption an den Liberalismus sein soll, die angeblich im Interesse der Börsenpolitik von Seiten der Regierung gemacht wird, so zeigt diese Wertschätzung des Agrariertums wieder einmal, wie wenig dieses Agrariertum der nationalen Wert des Volks zu werten weiß, sobald ihm ein Opfer zugemutet wird.